

Ausverkauf der Infrastruktur

Gabriels ÖPP-Kommission

7. August 2015

attac – Sommerakademie Marburg

Inhalt des Workshops

☀ **Historie der Infrastrukturkommission**

Investitionsstau – Schuldenbremse - Neue ÖPP-Initiative - Einberufung der Kommission, Mitglieder

☀ **Ausverkauf der Infrastruktur**

Vorschläge der Kommission und Minderheitenvotum der Gewerkschaften

☀ **Was können wir tun?**

Vorschläge zur Öffentlichkeitsarbeit gegen den Ausverkauf

☀ **Zusammenfassung**

Autobahnen mit ÖPP - Ein MUSS für die Regierung ?



7:49

Aufbau der Infrastruktur

Öffentliche Infrastrukturen wurden ursprünglich (fast) immer von der öffentlichen Hand errichtet



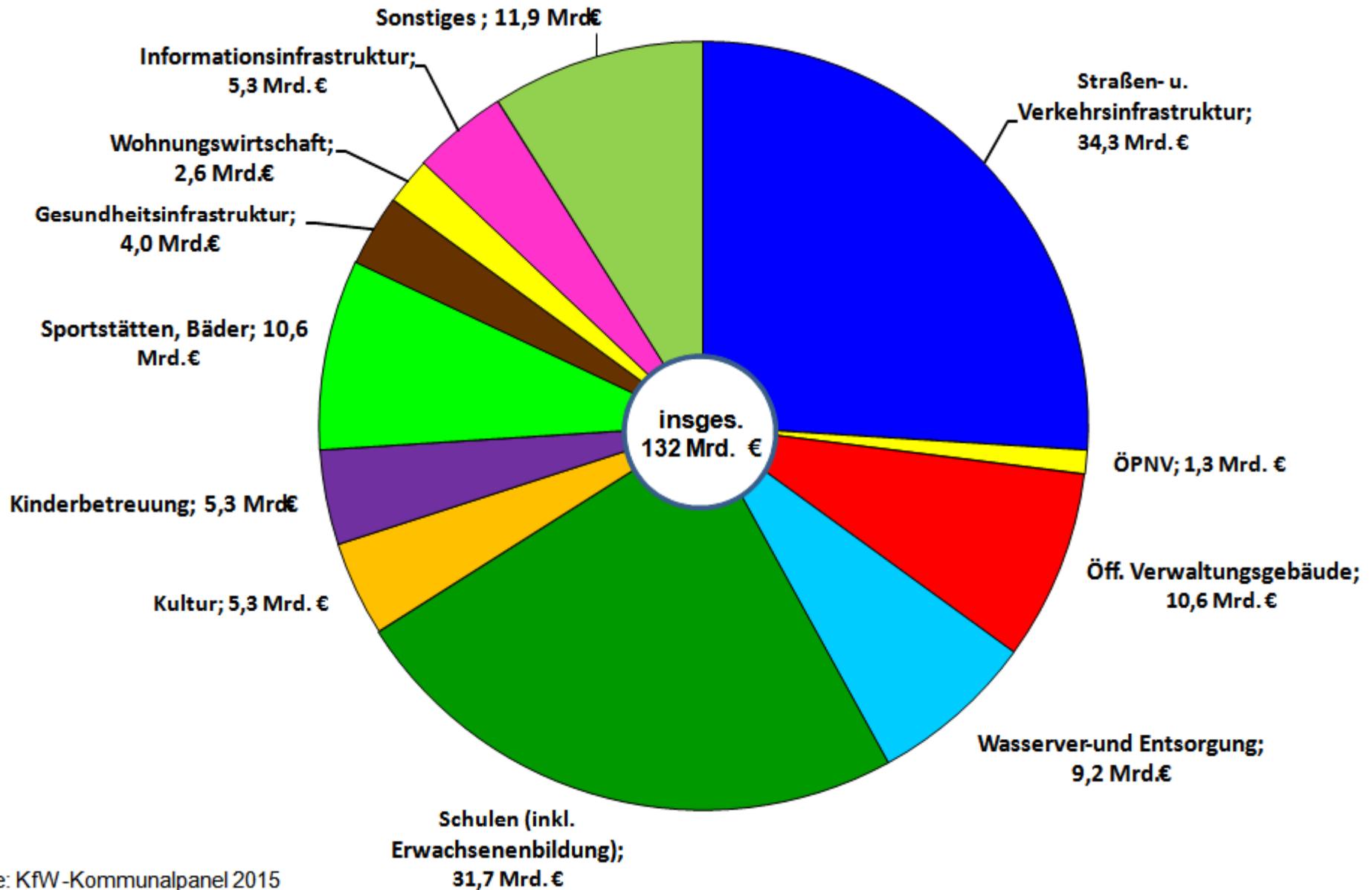
Investitionsstau

2013 Plötzlich entdeckt man die marode Infrastruktur (Straßen) – Den Investitionsstau

Überall gibt es in Deutschland Probleme



Investitionsstau in den Kommunen

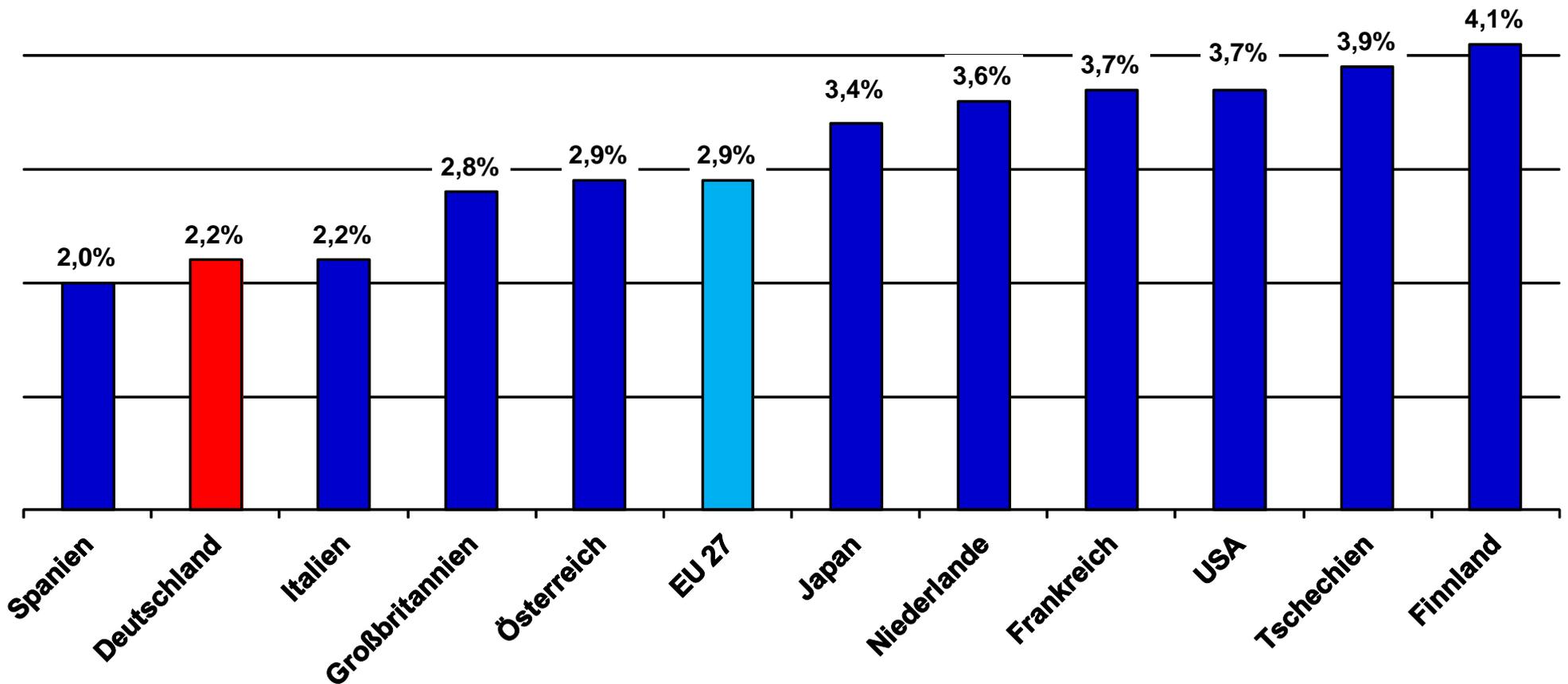


Quelle: KfW-Kommunalpanel 2015

Öffentliche Investitionen

2014, in Prozent des Bruttoinlandsproduktes

Mittel der hier gezeigten: 3,4%



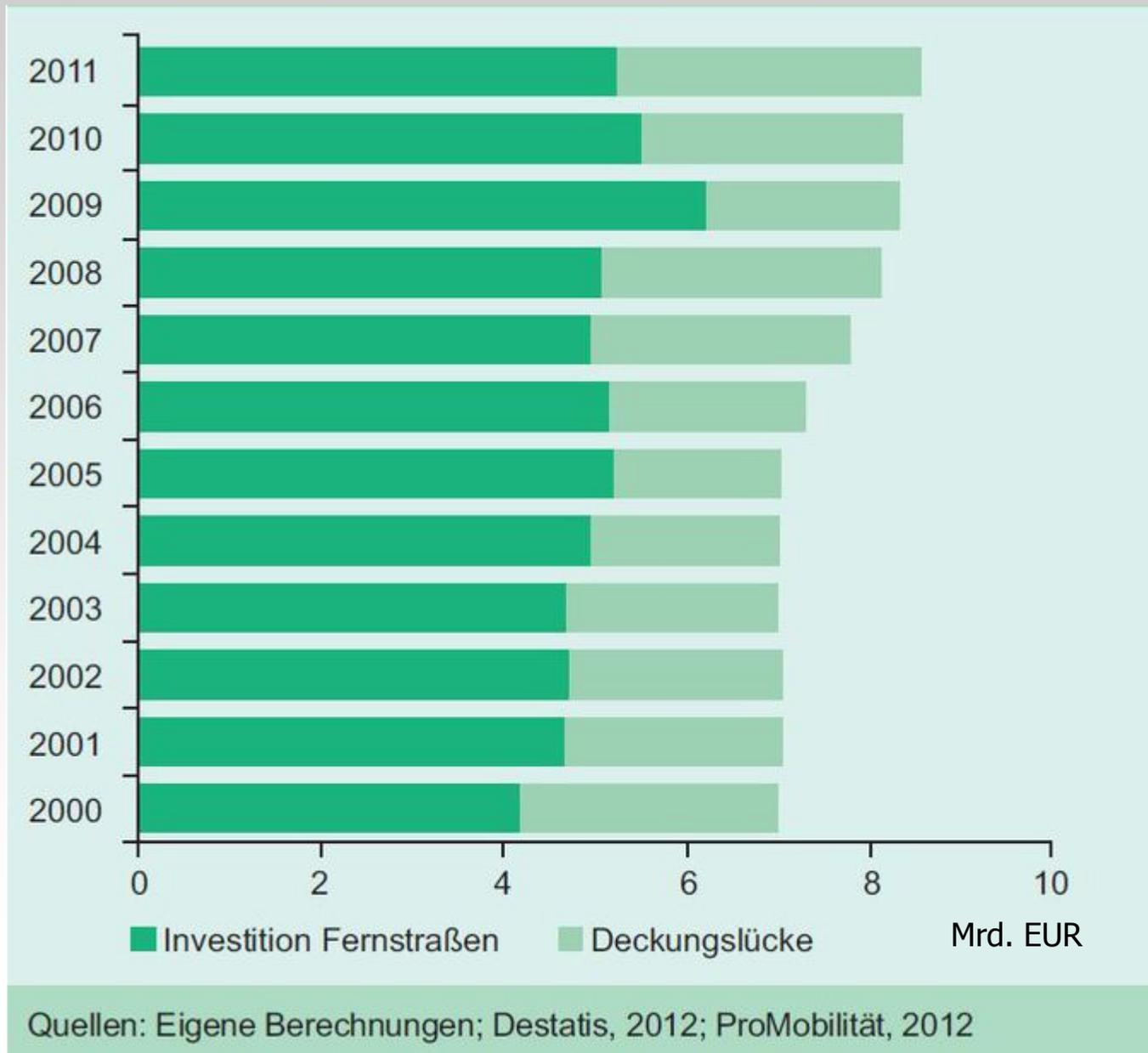
Quelle: Europäische Kommission

Die Infrastruktur verfällt



Grafik 2013

Reale Ausgaben und Investitionsbedarf Fernstraßen



Das Problem ist hausgemacht

Staatsschulden und Schuldenbremse



Bruttoinlandsprodukt 2,9 Billionen Euro
Gesamtverschuldung 2,0 Billionen Euro
Schuldenquote (rund 72 Prozent)



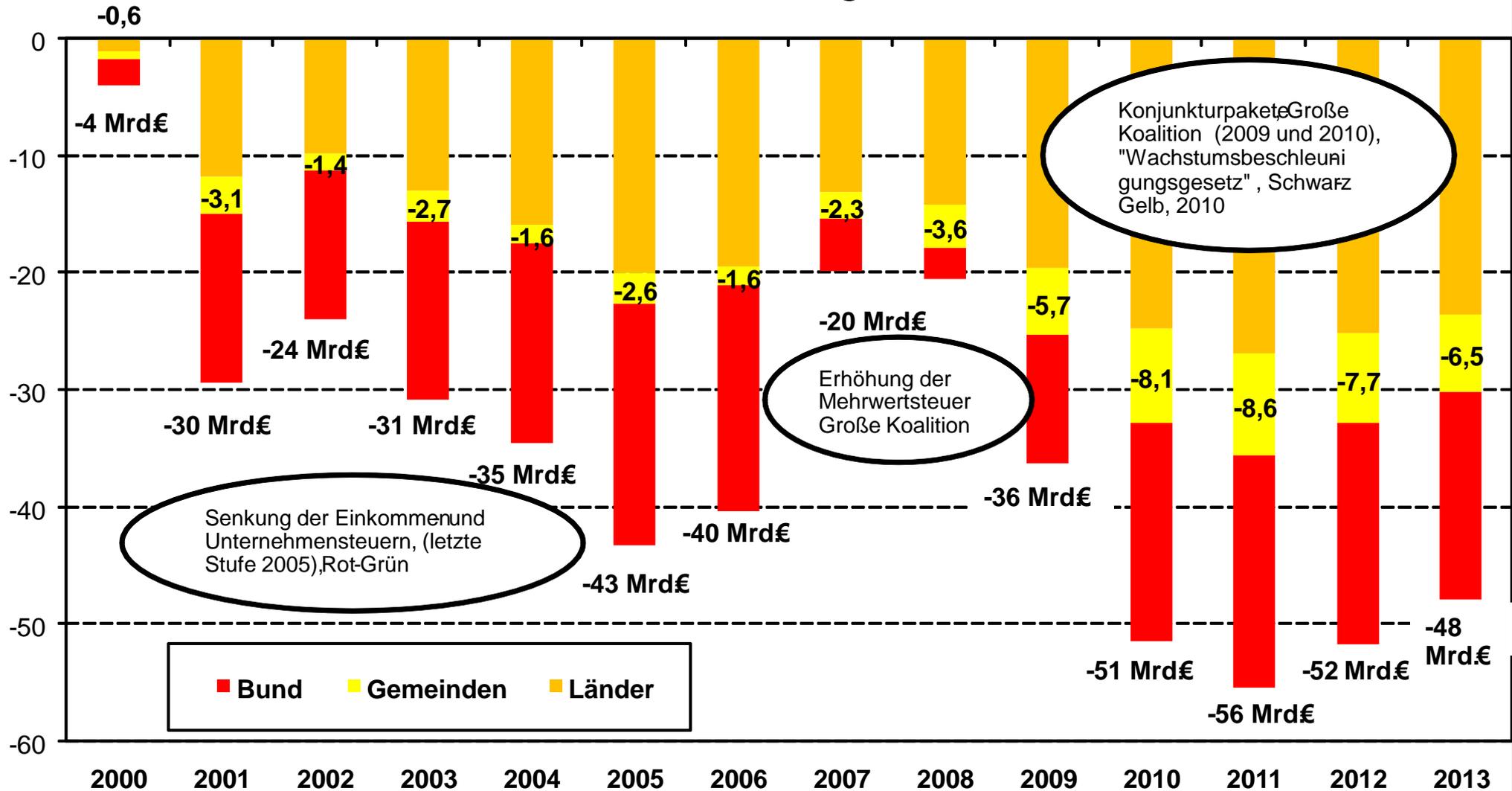
2009 Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
(Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d)



„Schuldenbremse“ in die Verfassung – bis 2020

Woher kommen die Defizite ?

Einnahmeausfälle für Bund, Länder und Gemeinden durch Steuerrechtsänderungen seit 1998



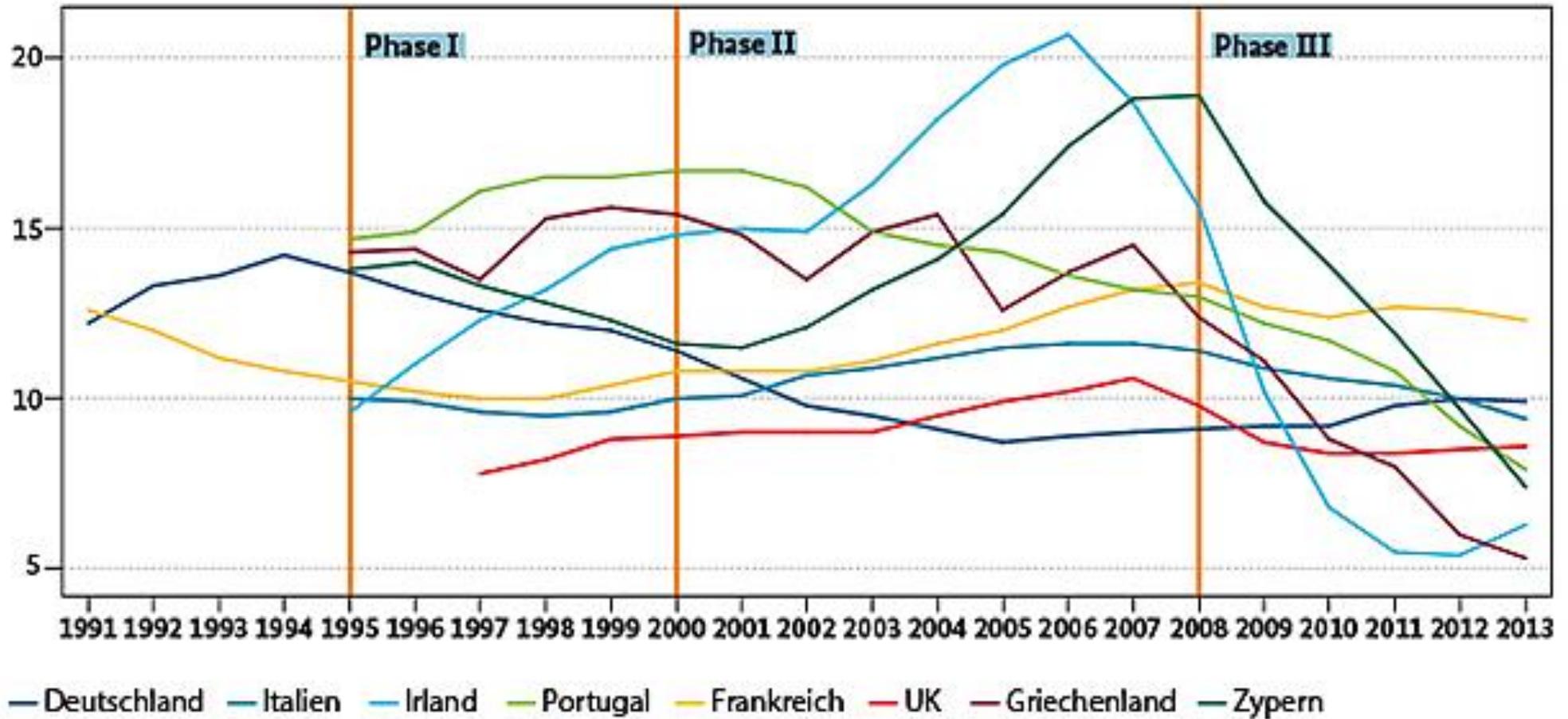
Quelle: BMF, Berechnungen Eickhoff/Wolf/Truger

Rückgang der Bauaufträge

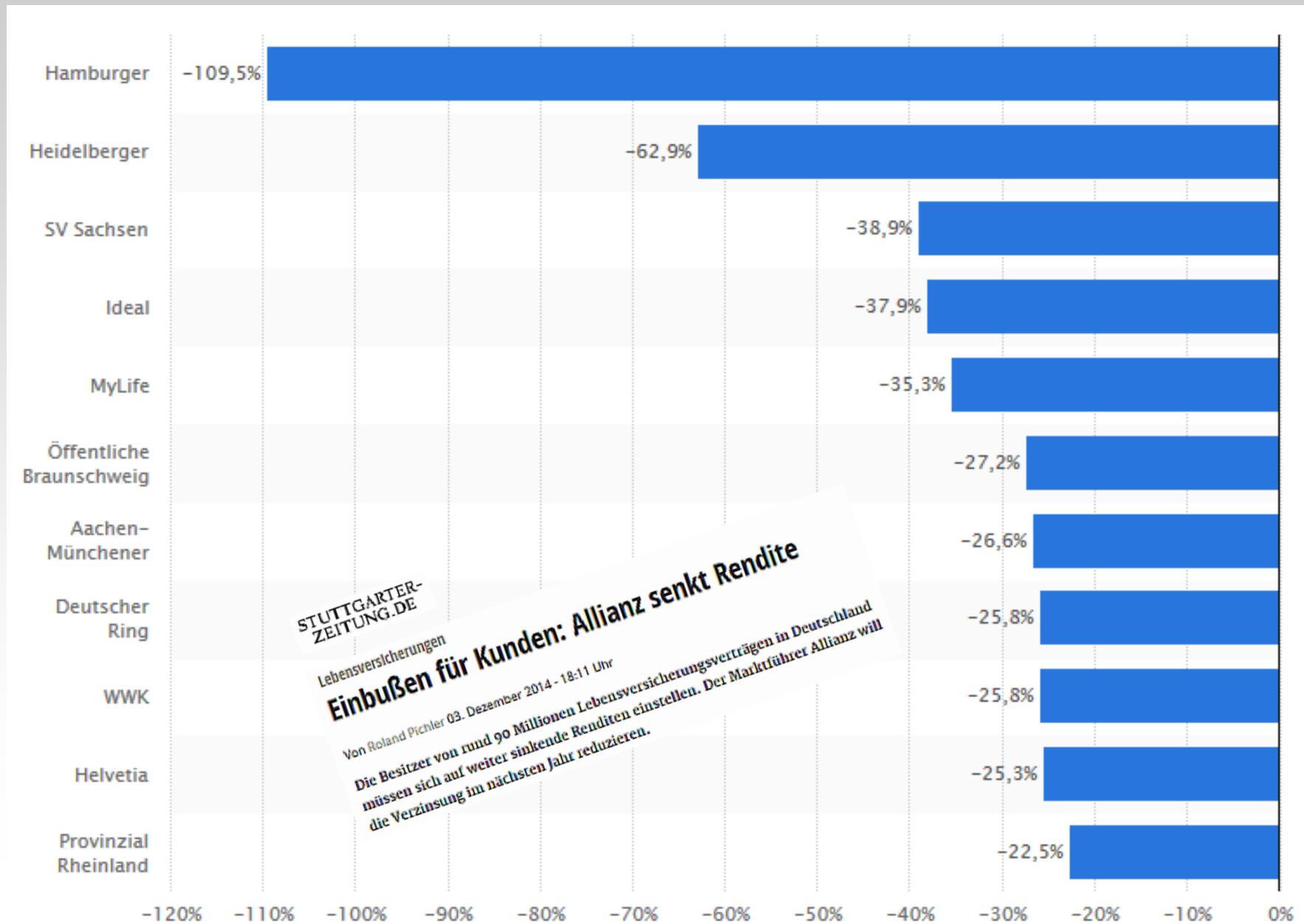
Montag, 12. August 2013

Investitionszurückhaltung hält an

Bauinvestitionen in % vom BIP



Rückgang der Nettorenditen der Versicherer 2011



STUTTGARTER-ZEITUNG.DE
Lebensversicherungen
Einbußen für Kunden: Allianz senkt Rendite

Von Roland Pichler 03. Dezember 2014 - 18:11 Uhr
Die Besitzer von rund 90 Millionen Lebensversicherungsverträgen in Deutschland müssen sich auf weiter sinkende Renditen einstellen. Der Marktführer Allianz will die Verzinsung im nächsten Jahr reduzieren.

Neue ÖPP/PPP–Offensive – der Probleme Lösung

- ☀️ Seit 1980er Jahren Privatisierung in UK (Thatcherismus)
- ☀️ In 1990er Jahren auch in Deutschland
- ☀️ 2003 Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft VIFG
- ☀️ 2004 Grünbuch der EU-Kommission zu PPP
- ☀️ 2005 PPP-Beschleunigungsgesetz (Rot/Grün)
- ☀️ 2007/ 2008 PDG (Partnerschaften Deutschland Gesellschaft)

Die Expertenkommission – plötzlich war sie da

Pressemitteilung des BMWi vom 28.8.2014:

„relativ schwache Investitionsentwicklung in Deutschland“

„Zukunftssicherung durch wirksame Investitionsstrategie“

„Investitionen, die unser Wachstum stärken“

„neue Ideen und Impulse und höhere Dynamik zu mehr privaten und öffentlichen Investitionen“

„Deutschland ist zunehmend von demografischer Alterung betroffen“

Es geht um *„öffentliche Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und kommunale Infrastruktureinrichtungen“*

„Den Mitgliedern der Kommission sind dabei bewusst keine begrenzenden Vorgaben gemacht worden.“

(Bundesregierung am 7.10.14)

Mitglieder der Expertenkommission



Deutsche Bank



ERGO



BDI

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



SIEMENS



Deutscher Industrie- und Handelskammertag



FRIEDRICH-ALEXANDER UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG



Flossbach von Storch



IG Metall



DIW Berlin



LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN



Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

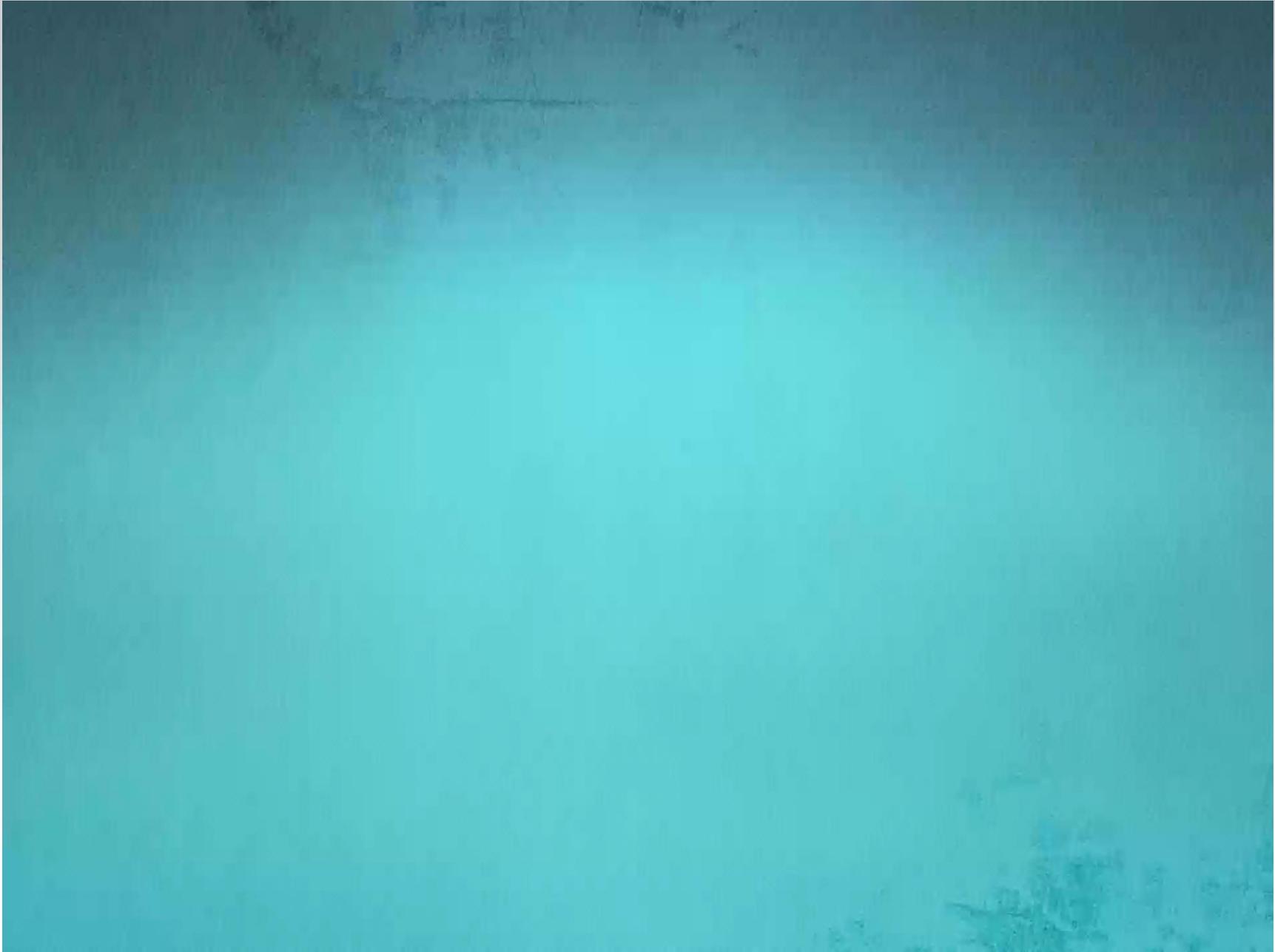


PART 2: Ausverkauf der Infrastruktur

Worum geht es im Bericht der „Fratzscher-Kommission“?

1. Bestandsaufnahme der Investitionsschwäche
 - Einigkeit über Investitionsschwäche, nicht über die Ursachen
2. Vorschläge zur Sicherung öffentlicher Investitionen
 - „Selbstbindung der öffentlichen Hand“, aber keine Mehrheit
 - z.B. für Nutzung des Verschuldungsspielraums
3. Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur
 - Kommunen, Verkehr, sonstiges – Mehrheitsmeinung fördert die „Privatisierung der Republik“
4. Rahmenbedingungen für private Investitionen
 - angebotsorientierte Maßnahmen, u.a. Steuersenkung
5. Private Infrastruktur
6. Europa

Ziele der Expertenkommission



2:13

PART 4: Zusammenfassung

- ☀ Seit 80er Jahren Weg zu ÖPP – mit allen Mitteln
- ☀ Jetzt aktuell Fratscher-Kommission (Gabriel, Finanzindustrie)
- ☀ Neuer Privatisierungsschub
- ☀ Wie können wir das verhindern (GiB seit Anfang 2015)

PART 3: Was können wir tun? (Beiträge der TN)

- ☀ Alles in öffentlicher Hand behalten
- ☀ Alles, was in der Stadt ansteht, öffentlich machen
Rücksprache halten (überparteilich)
- ☀ Strukturkatalog: was sind die typischen Argumente der Befürworter
- ☀ Grundsätzliche Frage thematisieren: Finanzen und Verteilungsfrage (mit PPP-Mitteln könnte man öffentlich wesentlich mehr realisieren)
- ☀ Rausarbeiten, wieso „Beutegemeinschaft“ (Private + Staat)
- ☀ Das Neue ist das Alte !
- ☀ ÖPP ist Privatisierung !
- ☀ Reden analysieren oder Begrifflichkeiten klären
- ☀ Workshops für Parlamentarier, Presseleute auf jeder Ebene
- ☀ Transparenz einfordern: Offenlegung aller Verträge in der Daseinsvorsorge
- ☀

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit!

ZUSATZFOLIEN

Die verrückte Philosophie von ÖPP publik machen

Kritik an der Schuldenbremse

Investieren ohne neue Schulden?



Es geht nicht



Man muss die
Schulden verstecken



ÖPP als Schattenhaushalt



Was kann der Staat tun ? - 1

Bund / Länder

- ☀ Höhere reale Steuersätze (Konzernbesteuerung, Steuerflucht) und mehr Steueranteile an die Kommunen
- ☀ Einführung Vermögenssteuer und Vermögensabgabe
- DIW Berlin schätzt das zusätzliche Steueraufkommen einer solchen Vermögenssteuer auf rd. 11,6 Mrd. Euro. (Bach/Beznoska 2012, 12)

Kommunen

- ☀ Reform der Gewerbesteuer zur Wertschöpfungssteuer

Was kann der Staat tun ? - 2

Öffentliche Einnahmen erhöhen

Schattenhaushalte offen legen (Evaluierung von PPP)

Laufende Privatisierungen stoppen



Public Private Partnerships (PPPs) stoppen

Stadtwerke, Wasserbetriebe rekommunalisieren

Kommunale Netze zurückholen: (Strom, Gas, Fernwärme)

Privatisierungen in Freihandelsabkommen ablehnen

ver.di Konzept Steuergerechtigkeit

Verschuldung senken - Reichtum besteuern

Gesamtkonzept: Änderung bei...	Aufkommenswirkung
Lohn- und Einkommensteuer	- 0,3 Mrd. €
Vermögensteuer	20,0 Mrd. €
Erbschaftsteuer	6,0 Mrd. €
Unternehmensteuer (Körperschaftsteuer auf 25%)	16,4 Mrd. €
Realist. Gewinnermittlung/breitere Bemessungsgrundlage	9,3 Mrd. €
Gemeindewirtschaftsteuer	8,1 Mrd. €
Finanztransaktionsteuer	10,0 Mrd. €
Steuervollzug	12,0 Mrd. €
insgesamt	81,5 Mrd. €

Kostenvergleich PSC / ÖPP

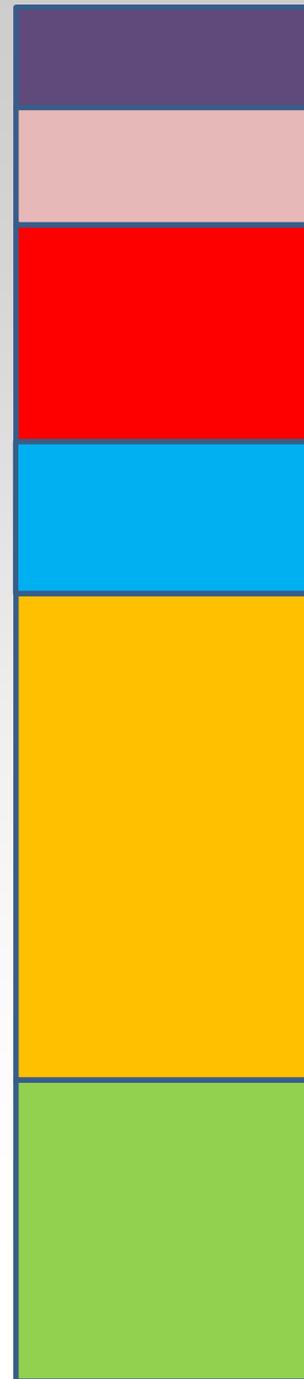
Schematische Darstellung für fiktives Projekt

Kapitaldienst
Verw-Personal



Lohn

Material



+ Transaktionskosten

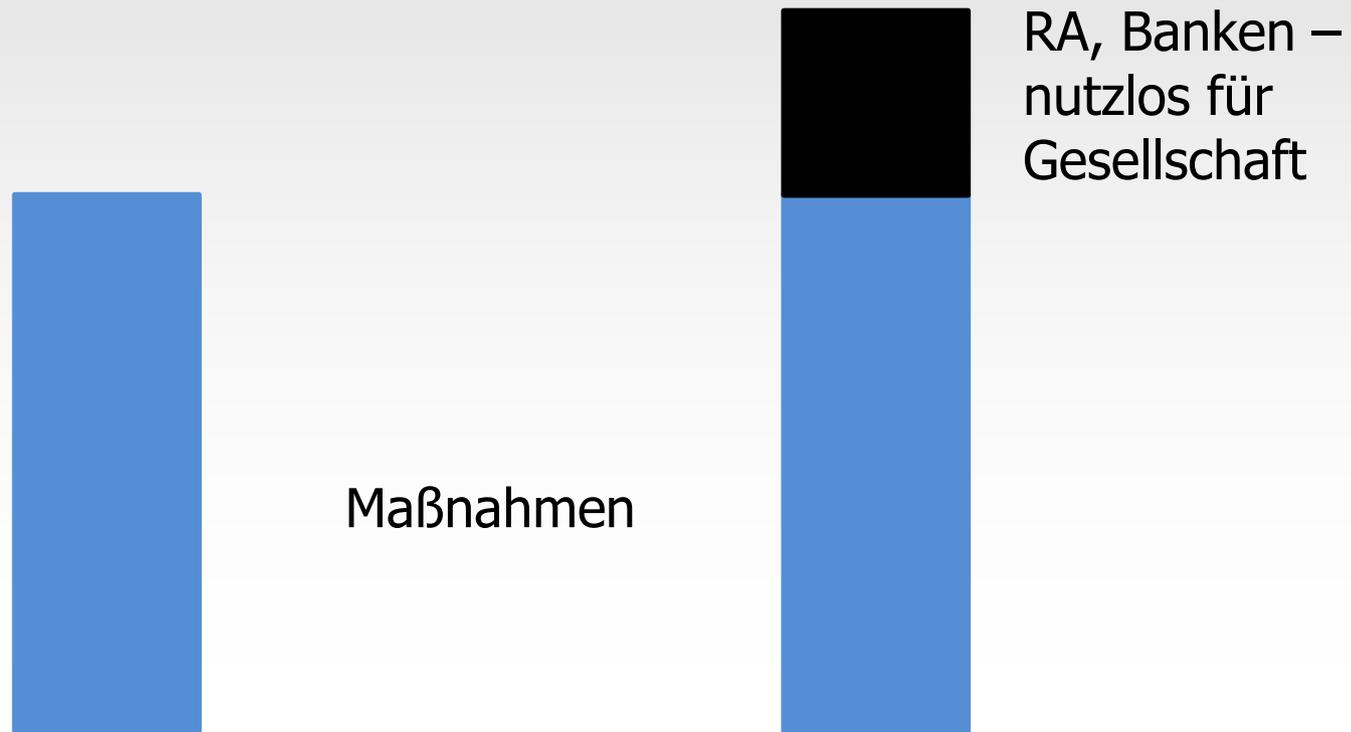
+ Renditeversprechen

Höherer Kapitaldienst

Höherer Verw-Personal

Arbeitsplätze und PSC / ÖPP

Arbeitsplätze



Auswege aus der staatlichen Finanzierungskrise

• Nulldefizit

Lösungsansatz der neoliberalen Finanzpolitik
jedoch *Widerspruch* zur neoliberalen Steuersenkungspolitik

⇒ würde enorme Absenkung der Staatsausgabenquote am BIP (Staatsquote) erfordern.

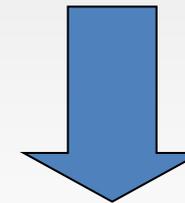
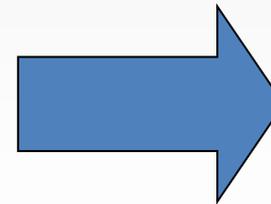
Staatsquote ist 2006 auf 45,6 % weiter gesunken

lediglich 3 der 13 EWU-Länder liegen noch darunter *

„Wer argumentiert, dass die Ausgaben von Bund und Ländern in den letzten zehn Jahren zu stark ausgeweitet worden seien, muss sich fragen lassen, ob eine Volkswirtschaft wie Deutschland mit einer noch niedrigeren Staatsquote in der Lage sein kann, eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Gütern, insbesondere im Bereich der Bildung und der Infrastruktur zu gewährleisten. Schon heute liegt Deutschland bei diesen zentralen Zukunftsinvestitionen weit unter dem Durchschnitt vergleichbarer Länder.“ **

• Tragfähigkeit der Staatsverschuldung

„Eine stabile Schuldenstandsquote wird als tragbar bezeichnet, weil sie die **Zahlungsfähigkeit** des Schuldners signalisiert. Das Problem ist demnach nicht die bestehende Verschuldung, sondern ein wachsender **Anteil der Schulden am Bruttoinlandprodukt.**“ ***



• Verbesserung der Einnahmesituation

Quelle: *) Süddeutsche Zeitung vom 14.06.2007 – „Staatsquote in Deutschland deutlich zurückgegangen“
**) Peter Bofinger in: SVR 2007, Pkt. 266
***) Brümmerhoff, Dieter „Finanzwissenschaft“, Oldenbourg 8. Auflage, S. 607

Bisherige Steuersenkungspolitik (...der SPD)

- **Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 % (bis 1999) auf 42 % (seit 2005)**
gleichzeitig Absenkung des Eingangssteuersatzes von 19,9 % auf 15 %

Steuerausfall:

laut Bundesfinanzministerium kostete alleine die Absenkung von 43 % auf 42 %

2,3 Mrd. € im Jahr *

- **Steuerbefreiung der Gewinne aus Unternehmensverkäufen „Heuschreckenförderung“**
ab 01.01.2002

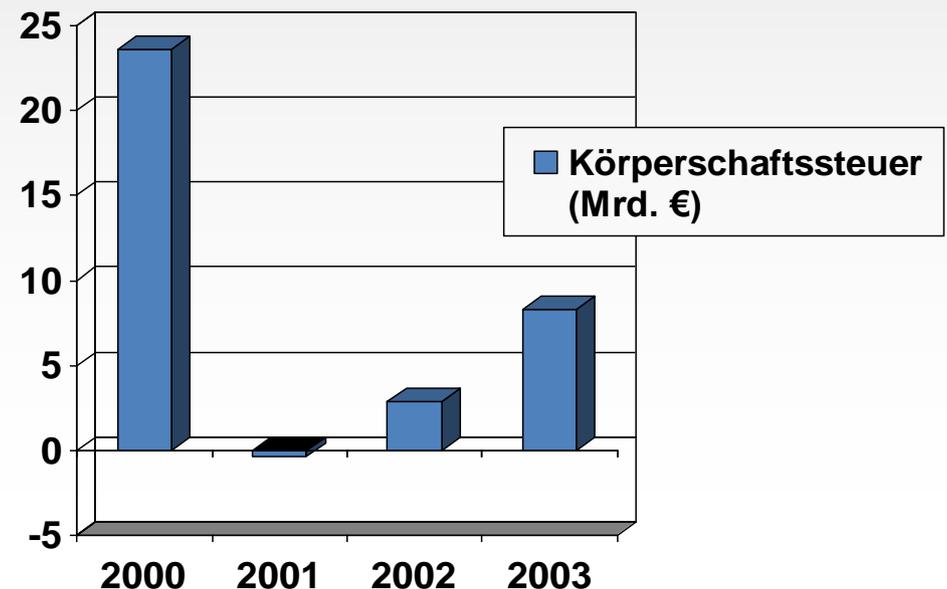
Steuerausfall: ?

- **Unternehmenssteuerreform 2001 – Absenkung Körperschaftssteuer auf 25 %**
sowie Einführung des „Halbeinkünfteverfahrens“
⇒ Zusammenbruch der Körperschaftssteuer

Einnahmen aus Körperschaftssteuer:

2000:	23,6 Mrd. €
2001:	- 0,4 Mrd. €
2002:	2,9 Mrd. €
2003:	8,3 Mrd. €

Quelle: Bundesfinanzministerium (BMF)



Aktuelle Steuersenkungspolitik (...des SPD Finanzministers)

- **Unternehmenssteuerreform 2008** (am 25.05.2007 vom Bundestag verabschiedet) *

Ziele:

- Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften wird ab 2008 weiter gesenkt
- Entlastung von Personengesellschaften durch niedrigeren Steuersatz auf einbehaltene Gewinne
- Senkung des bisherigen Körperschaftssteuersatzes von 25 % auf **15 %**
- Sondersteuersatz von 28,25 % für einbehaltene Gewinne bei Personenunternehmen
- 25prozentigen Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne ab 2009
- ...

Steuerausfälle laut Bundesfinanzministerium:

2008: 6,47 Mrd. € / 2009: 6,72 Mrd. € / 2010: 6,80 Mrd. € / 2011: 5,27 Mrd. €

langfristig: **5 Mrd. €**

Steuerausfälle laut Prof. Jarass: **10 Mrd. €** **

- **Steuerliche Entlastung von Private-Equity-Gesellschaften („Heuschrecken“)** ***

Handelsblatt vom 25.06.2007:

„Koalition legt bei Private Equity nach...

... Der **Steuerausfall** soll deutlich **unter einer Mrd. Euro** liegen...

... der endgültige Referentenentwurf zum Private-Equity-Gesetz bereits Mitte dieser Woche vorgestellt werden...“

Quellen: *) Wikipedia – „Unternehmensteuerreform 2008 in Deutschland“

***) Unternehmenssteuerreform 2008 - Kosten und Nutzen der Reformvorschläge, - Lorenz Jarass / Gustav M. Obermair

***) Handelsblatt.com – 25.06.2007 – Koalition legt bei Private Equity nach

Wachstumsbeschleunigungsgesetz 2009/2010

Die Steuerfreibeträge für jedes Kind werden von insgesamt 6.024 Euro auf insgesamt 7.008 Euro angehoben.

Erbschaftsteuerlich werden Geschwister und Geschwisterkinder und Erben von Unternehmen haben weniger Steuer zu entrichten.

Umsatzsteuer entlastung für Betreiber von Hotels: statt 19 Prozent nur noch 7 Prozent.

Umstrukturierungen von Konzernen durch Grunderwerbsteuer begünstigt.

Unternehmensteuerreform: Verluste sind in größerem Umfang wieder steuermindernd

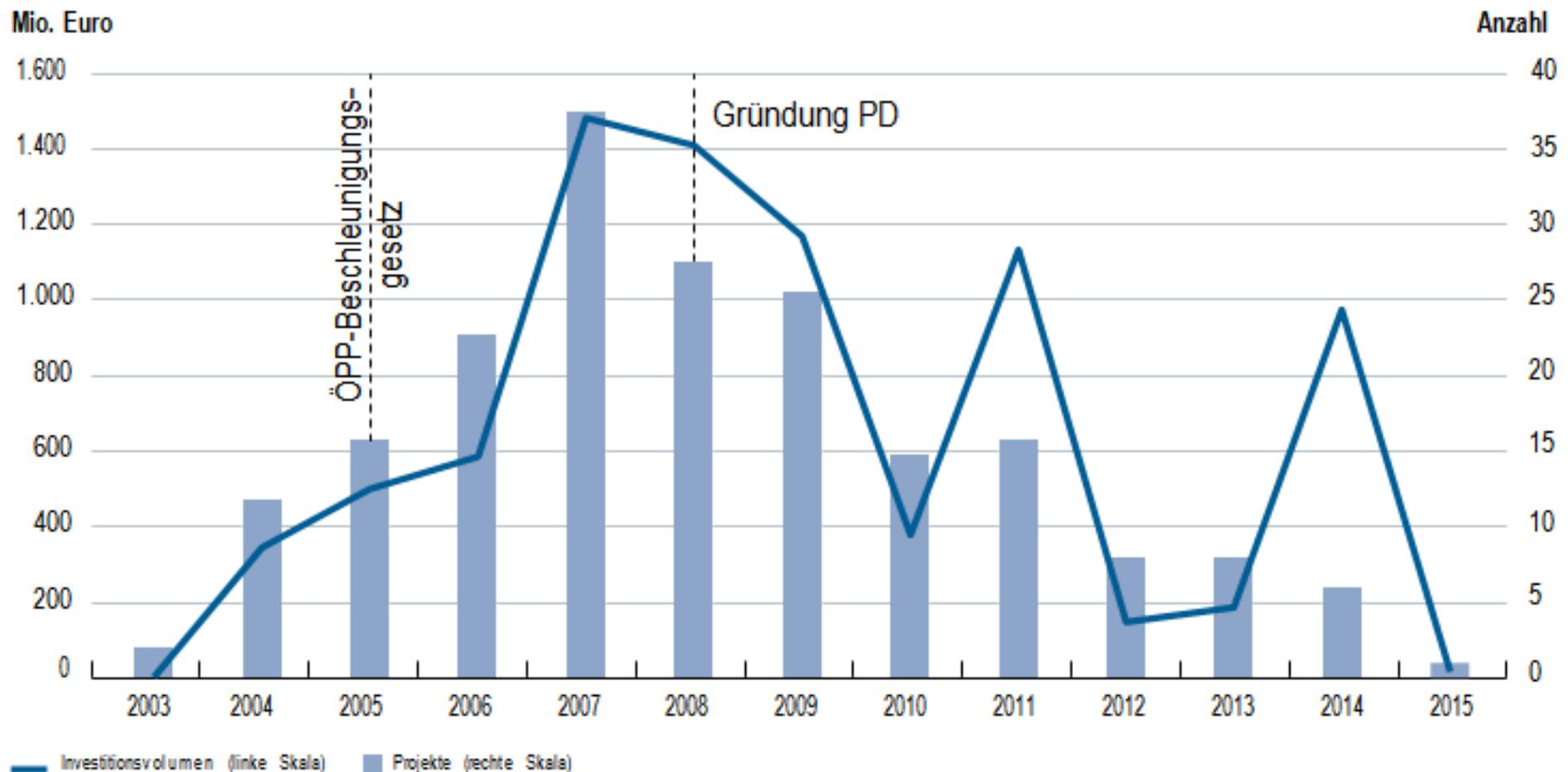
Sofortabschreibung von Wirtschaftsgütern bis zu einem Betrag von 410 Euro.

Ausbau erneuerbarer Energien wird unterstützt durch Vergütung für Stromeinspeisung und weitere Förderung von Biokraftstoffen.

Bund: -4,63 Mrd. - Länder: -2,28 Mrd. - Kommunen: -1,57 Mrd.

Entwicklung des ÖPP-Marktes seit 2003

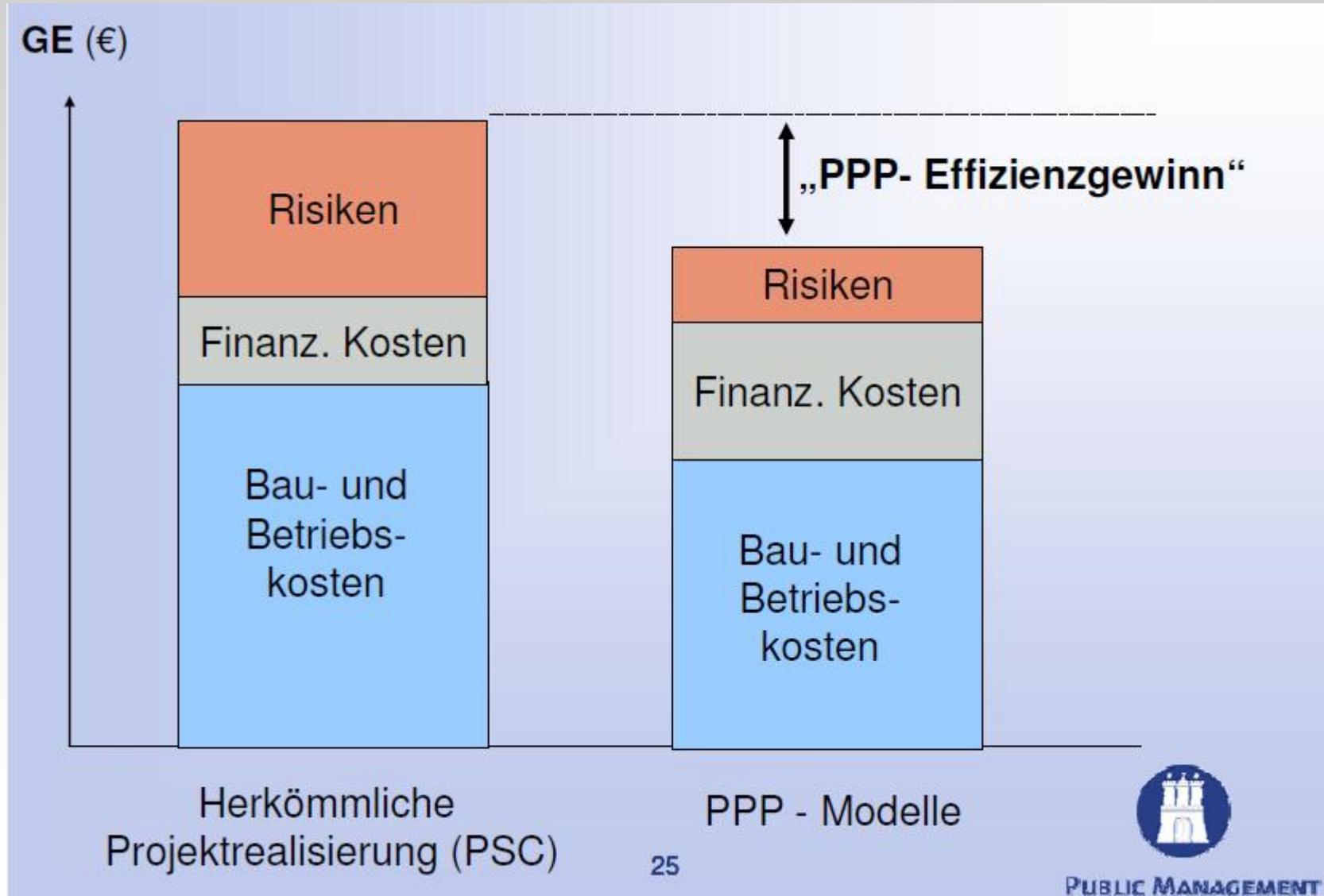
Abbildung 3-2: Entwicklung des ÖPP-Marktes in Deutschland, Projekte Hoch- und Straßenbau mit Vertragsabschluss*



*Anzahl Projekte Bund/Länder/Gemeinden: 199. Summe: 8,5 Mrd. Euro; Hochbau: 5,7 Mrd. Euro (182); Straßen: 2,8 Mrd. Euro (17)

Quelle: Partnerschaften Deutschland (2015), Auswertung BMWi.

Vermuteter wirtschaftl. Vorteil: die PPP-Rendite)



Interessen als Treiber von ÖPP/PPP in Deutschland



Im Gegensatz zu UK fehlt in Deutschland eine fundierte wissenschaftliche Diskussion und Forschung zu PPP /Lehrstühle/ universitäre Forschungskapazitäten ???

Keine flächendeckende fundierte empirische Forschung/
(bisher nur sehr vereinzelte Studien)



PUBLIC MANAGEMENT

Maßnahmen zur Entwicklung/Verbreitung von ÖPP/PPP in Deutschland

- ☀ Dezentrale ÖPP/PPP-Kompetenzzentren (Länder)
- ☀ Gründung der ÖPP Deutschland AG
- ☀ Zielsetzung des Bundes 15% öfftl. Investitionen durch PPP(z.Zt. ca. 4%)
- ☀ Novellierungsbemühungen PPP-Beschleunigungsgesetz
- ☀ Regelung der MWSt-Problematik
- ☀ § 7 BHO Einbindung von PPP
- ☀ Infrastrukturfonds als neue Anlagemöglichkeit (Investmentänderungsgesetz)

Staatsanleihen werfen kaum noch Rendite ab

Angaben in Prozent



Knick nach oben

Rendite zehnjähriger Bundesanleihen in Prozent



QUELLE: BLOOMBERG, EIGENE RECHERCHE

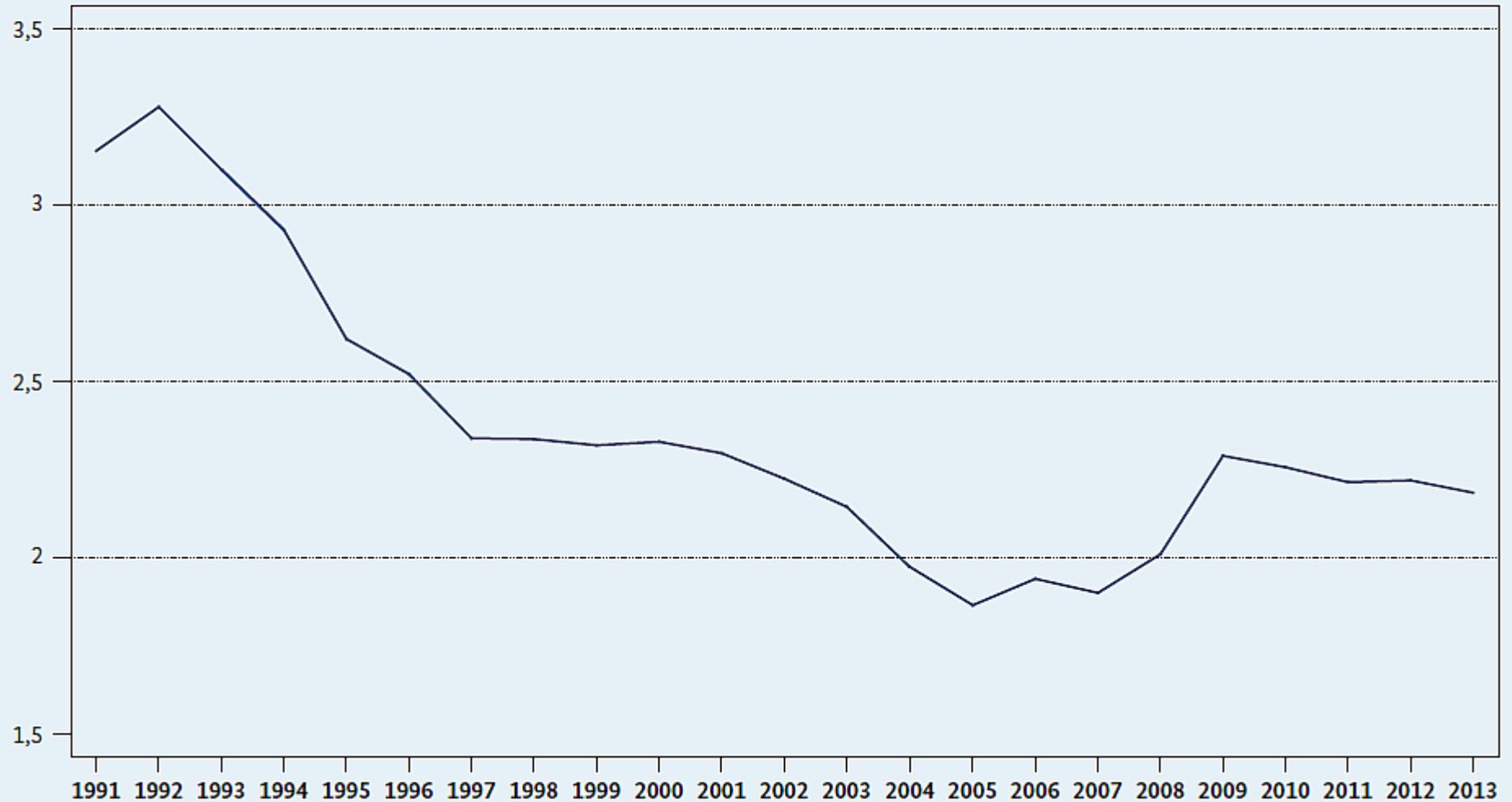
Laura (GiB) übergibt Unterschriften an Gabriel



Öffentliche Bruttoinvestitionen 1991-2013

Abbildung 6: Öffentliche Bruttoinvestitionen
Deutschland, 1991 – 2013

Bruttoinvestitionen in % des BIP



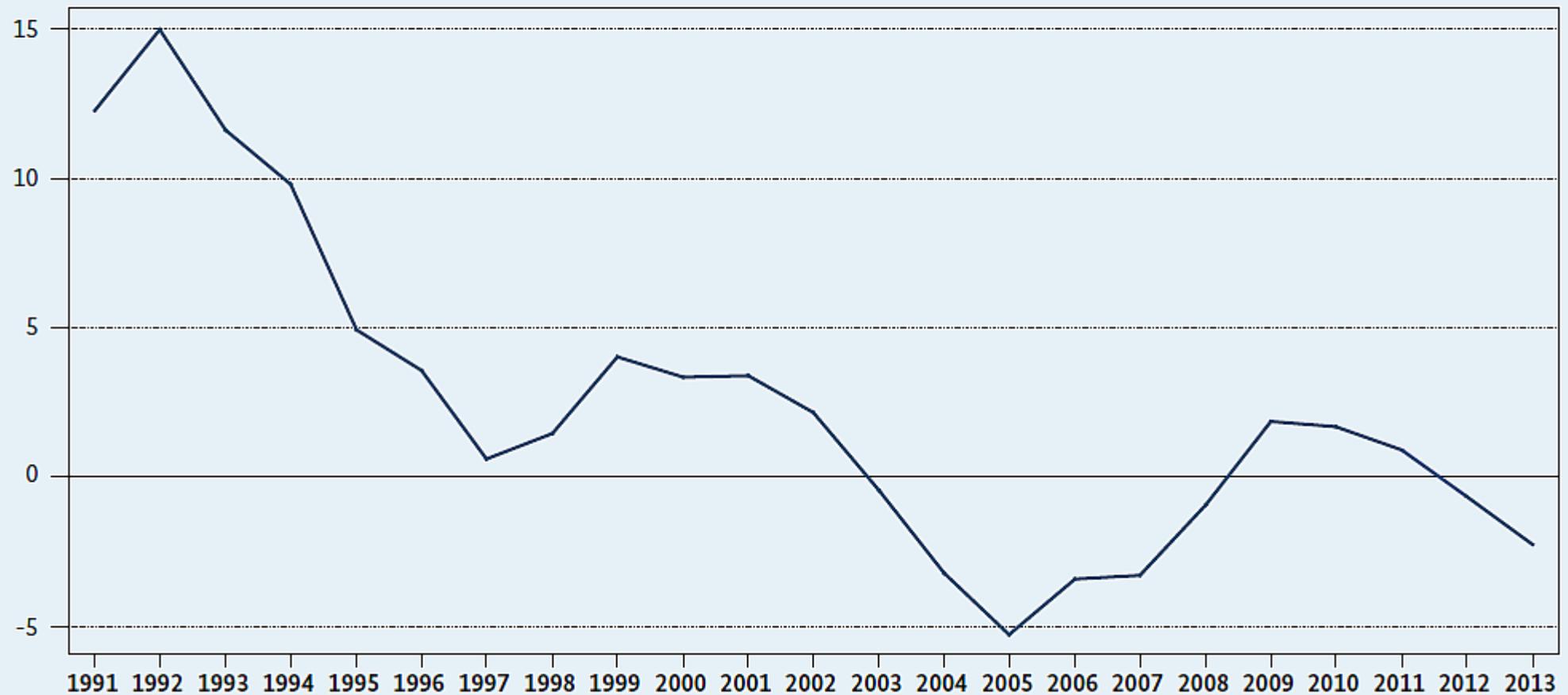
Quelle: Statistisches Bundesamt (2014), eigene Auswertung

Nettoanlagevermögen des Staates 1991-2013

Wir leben von der Substanz !

Abbildung 8: Nettoanlageinvestitionen des Staates
1991 – 2013

Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt (2014)

Umlaufrendite nach Abzug der Inflationsrate



Renditegarantien für Investitionskredite sind völlig unsinnig